

Bericht der Bundesregierung über den G7-Gipfel in Brüssel

vom 4. - 5. Juni 2014

Die Staats- und Regierungschefs der G7 trafen sich vom 4. bis 5. Juni 2014 in Brüssel. Am 24. März 2014 hatten sie sich entschieden, die Zusammenarbeit mit Russland aufgrund der völkerrechtswidrigen Annektierung der Krim zu suspendieren und sich statt im russischen Sotchi im G7-Format zu treffen. Beim Gipfel wurden die Themen Außenpolitik, Weltwirtschaft, Energie/Klima und Entwicklungspolitik/Afrika diskutiert.

Die G7 waren sich in der Bewertung der Lage in der Ukraine einig und sandten ein Zeichen der Geschlossenheit im Hinblick auf das weitere Vorgehen aus. Die G7 begrüßte den insgesamt guten Verlauf der ukrainischen Präsidentenwahl am 25. Mai und gratulierte dem designierten Staatspräsidenten Petro Poroschenko. Die G7 forderte Russland auf, das Ergebnis der Wahlen anzuerkennen, den Dialog mit der neuen Führung in Kiew aufzunehmen und konstruktiv zur Beendigung der Destabilisierung im Süden und Osten der Ukraine beizutragen. Die G7 wiederholte ihre Bereitschaft, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen, wenn es die Umstände erforderten. Die G7 bekräftigten ihre Entschlossenheit, zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine beizutragen. Weitere außenpolitische Themen waren der Bürgerkrieg in Syrien, die Lage in Libyen, in Nahost und in der südchinesischen See.

Zur Lage der Weltwirtschaft stellten die Staats- und Regierungschefs fest, dass sich die globale Wirtschaft im leichten Aufwind befindet. Die G7 setzt sich für wachstumsfreundliche Strukturreformen, Umsetzung der Agenda der Finanzmarktregulierung und Fortführung der internationalen Steueragenda ein. Um den internationalen Handel zu stärken, soll das Bali-Abkommen umgesetzt und die Doha-Entwicklungsrunde abgeschlossen werden. Auch bilaterale Abkommen (CETA, TTIP, EU-JPN, TPP) verbessern die Rahmenbedingungen für internationalen Handel.

Die G7 brachte eine Initiative zur Steigerung der Energieversorgungssicherheit auf den Weg. Neben kurzfristigen Maßnahmen für den Winter 2014/15 wie Gefährdungsanalysen und Notfallplänen wird die Internationale Energieagentur zusammen mit der Europäischen Kommission bis Ende 2014 einen Aktionsplan zur Steigerung der Gasversorgungssicherheit erarbeiten. Die G7-Energieminister werden im Jahr 2015 unter deutscher Präsidentschaft erneut zusammenkommen und diese Initiative weiter entwickeln.

Die G7 setzt sich dafür ein, dass bis 2015 im Rahmen des VN-Prozesses ein globales Klimaabkommen für die Zeit nach 2020 geschaffen wird, und bekräftigte die Zusage der entwickelten Staaten zur gemeinsamen Mobilisierung von jährlich 100 Mrd. US-Dollar bis 2020 zur Klimafinanzierung. Die G7 unterstrich ihre besondere Verantwortung bei der Erarbeitung der Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung. Deutschland wird Anfang 2015 die zweite GAVI-Wiederauffüllungskonferenz ausrichten. Die G7 hat eine Initiative gegründet, um rohstoffreiche Entwicklungsländer bei der Aushandlung von Verträgen rechtlich und wissenschaftlich zu unterstützen (CONNEX). Deutschland tritt dem „MENA Transition Fund“ bei, um die Demokratisierung in den Deauville-Staaten in Nahost und Nordafrika zu unterstützen.

Ab jetzt hat Deutschland die G7-Präsidentschaft inne. Die Bundeskanzlerin lud zum Gipfel nach Schloss Elmau am 4./5. Juni 2015 ein.

Außen- und Sicherheitspolitik

Der Fokus der Debatte der Staats- und Regierungschefs zu außen- und sicherheitspolitischen Themen lag auf der Lage in der Ukraine und den Erwartungen der G7 an Russland. Thematisiert wurden die aktuellen Entwicklungen insbesondere in Syrien, Libyen, Nahost und in der südchinesischen See.

Die G7 hat beim Gipfel erneut Einigkeit beim Thema **Ukraine** und **Russland** gezeigt. Die Annexion der Krim durch Russland verstößt gegen das Völkerrecht und wird von der G7 nicht akzeptiert. Die G7 begrüßte den guten Verlauf der ukrainischen Präsidentenwahl vom 25. Mai und rief die russische Regierung dazu auf, den neuen Präsidenten Poroschenko ebenfalls anzuerkennen und mit ihm zusammen zu arbeiten. Die andauernde Gewalt im Südosten der Ukraine bereitet weiterhin große Sorgen. Die G7 forderte Russland auf, mehr zu tun, um der fortschreitenden Destabilisierung der Region ein Ende zu setzen. Konkret soll Russland auf die prorussischen Kräfte einwirken mit dem Ziel, die Gewalt, die Einschüchterung und die Geiselnahmen von internationalen Beobachtern zu beenden. In der Genfer Erklärung vom 17. April hat sich Russland hierzu verpflichtet und muss nun entsprechend handeln. Zudem muss Russland den Grenzübertritt von gewaltbereiten Separatisten und von Waffen aus Russland in die Ukraine unterbinden. Einvernehmen herrschte auch, dass – insbesondere, wenn Russland diese Forderungen nicht erfüllt – die G7 bereit ist, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Die G7 verurteilte den fortdauernden Bürgerkrieg in **Syrien**, dem inzwischen über 160.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Der einzige Fortschritt seit dem G7-Gipfel 2013 in Lough Erne ist die weitgehende Zerstörung der syrischen Chemiewaffen. Die humanitäre Lage hat sich – mit inzwischen 9,3 Millionen Hilfsbedürftigen – hingegen weiter verschlimmert. Der Versuch Assads, sich mit der „Wahl“ vom 3. Juni Legitimität zu verschaffen, wurde einhellig abgelehnt.

Die G7 rief die Weltgemeinschaft zu einer Unterstützung **Libyens** beim Übergang zu einem stabilen, prosperierenden und demokratischen Staat auf und begrüßten die für den 25. Juni angekündigten Parlamentswahlen. Die Sicherheitslage im Land hat sich jedoch trotz der beim Gipfel in Lough Erne zugesagten Unterstützung bei der Ausbildung von Sicherheitskräften nicht verbessert. Dies bleibt ein dringendes Anliegen der G7.

In Bezug auf den **Nahostfriedensprozess** rief die G7 die Parteien dazu auf, den von den USA initiierten Verhandlungsfaden hin zu einer Zwei-Staaten-Lösung wieder aufzunehmen. Schließlich fordert die G7 die betroffenen Parteien auf, eine völkerrechtliche Lösung für ihre Gebietsstreitigkeiten in der **südchinesischen See** zu finden.

Weltwirtschaft, Finanzmarktregulierung und Handel

Die G7 hat deutlich gemacht, dass Wirtschaftswachstum und Beschäftigung weiterhin politische Priorität haben. Die Staats- und Regierungschefs waren sich einig, dass sich die Lage der Weltwirtschaft verbessert habe, dass jedoch weiterhin Abwärtsrisiken bestünden, die sorgfältig anzugehen seien. Die G7 setzt sich für Wachstum ein und kündigt mit Blick auf den G20-Gipfel in Brisbane konkrete Maßnahmen und Strukturreformen an zur Verbesserung des Umfelds für Investitionen, KMUs, Innovationen und Beschäftigung, insb. zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Die G7 hat sich erneut zur Umsetzung der Finanzmarktreforemen einschließlich des im Rahmen der G20 vereinbarten Fahrplans („Roadmap“) zu Schattenbanken bekannt. Wichtige Aspekte der Finanzmarktregulierung sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Ebenso wird sich die G7 weiterhin gegen Steuerhinterziehung (insb. automatischer Informationsaustausch) und Steuervermeidung einsetzen und fordert alle Staaten auf, vergleichbare Maßnahmen zu ergreifen. Die G7 bekennt sich klar zu freiem Welthandel. Zum einen sollen durch den raschen Abschluss neuer bilateralen Handelsabkommen Handelsbarrieren abgebaut werden; dafür setzt sich auch Deutschland nachdrücklich ein. Zum anderen wird die G7 die multilaterale Liberalisierung des Handels voran bringen. Sie unterstützt daher sowohl die konsequente Umsetzung des Bali-Abkommens, insbesondere der Vereinbarungen zu Handelserleichterungen, als auch die Erarbeitung eines ausgewogenen Arbeitsprogramms der WTO mit dem Ziel, die Doha-Runde abzuschließen.

Energie und Klima

Die G7 setzt sich für die Diversifizierung des Energiemarktes und die Modernisierung der Infrastruktur ein. Die im Rahmen der G7-Energieinitiative von Rom entwickelte

Agenda zur Steigerung der Energieversorgungssicherheit wird ausdrücklich begrüßt. Die G7 ergreift kurzfristig Maßnahmen, um sicher über den Winter 2014/2015 zu kommen: Die Gefährdung wird analysiert, Notfallpläne werden aktualisiert und technische Hilfen werden bereitgestellt – insbesondere für die Ukraine. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat den Auftrag erhalten, zusammen mit der Europäischen Kommission, bis Ende 2014 einen Aktionsplan zu erarbeiten zur Steigerung der Gasversorgungssicherheit. Die G7-Energieminister werden im Jahr 2015 unter deutscher Präsidentschaft erneut zusammenkommen und diese Initiative weiter entwickeln. Für ihre Beratungen wird der dann vorliegende Aktionsplan von IEA und Kommission eine wichtige Grundlage sein. Der Fokus wird dann noch stärker auf mittel- und langfristige Maßnahmen liegen, z.B. der Schaffung eines integrierten Markts für Flüssiggas sowie dem Ausbau und der Modernisierung von Infrastruktur. In der G7 sind wichtige Akteure auf den internationalen Energiemärkten vertreten, z.B. die USA und Kanada als mögliche Lieferanten von Flüssiggas.

Für die Befassung der G7 mit Klimafragen hat sich Deutschland im Vorfeld des Gipfels nachdrücklich eingesetzt. Die G7 erneuerte in Brüssel ihr Bekenntnis zum Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2 Grad zu begrenzen. Weiterhin setzt sich die G7 im Rahmen des VN-Prozesses (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) dafür ein, dass bis 2015 ein rechtsverbindliches Instrument für die Zeit nach 2020 geschaffen wird, das konkrete und bindende Klimaziele festschreibt. Die G7 begrüßte den Klimagipfel des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im September 2014. Ferner bekräftigte die G7 die Zusage der entwickelten Staaten zur gemeinsamen Mobilisierung von jährlich 100 Mrd. US-Dollar bis 2020 zur Klimafinanzierung. Die G7 begrüßte die Verabschiedung der Vorschriften zur Arbeitsweise des Klimaschutzfonds (Green Climate Fund) ebenso wie den Beschluss, in den nächsten Monaten mit der Mobilisierung der ersten Ressourcen zu beginnen. Die G7 wird im Rahmen des Montrealer Protokolls auf den Ausstieg aus der Erzeugung und dem Verbrauch von Fluorkohlenwasserstoff (FKW) hinarbeiten.

Entwicklung und Afrika

Deutschland setzte sich erfolgreich dafür ein, dass sich die G7 auch in diesem Jahr mit Entwicklungsfragen befasste. Die G7 bekräftigte Ihre Zusagen in den Bereichen

Gesundheit, Ernährungssicherung sowie bzgl. der Deauville-Partnerschaft und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und illegalen Finanzströmen. Auch mit Blick auf die positiven Auswirkungen in Entwicklungsländern wird sich die G7 gegen Korruption sowie für die Erhöhung der Transparenz hinsichtlich der wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen einsetzen.

Die G7 unterstrich ihre besondere Verantwortung bei der Erarbeitung der Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung. Sie strebt eine ehrgeizige und universelle Agenda an, die auf einheitlichen, klaren und messbaren Zielen beruht.

Die G7 engagiert sich weiterhin für die Muskoka-Initiative und begrüßte die Bemühungen der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI), im Zeitraum 2016 – 2020 weiteren 300 Millionen Kindern Zugang zu Impfstoffen zu verschaffen. Deutschland wird Anfang 2015 die zweite GAVI-Wiederauffüllungskonferenz ausrichten.

Die G7 hat eine Initiative begründet, die rohstoffreiche Entwicklungsländer bei Vertragsverhandlungen rechtlich und geologisch beraten soll (CONNEX, "Complex Contract Negotiations, especially in the extractive sector"). Deutschland hat diese Initiative gemeinsam mit USA und Großbritannien aus der Taufe gehoben und plant, sie unter der eigenen G7-Präsidentschaft maßgeblich voranzutreiben. Ein erstes Treffen der neuen Initiative ist am 17. Juni in New York geplant. Zudem soll die Initiative zur Verbesserung der Transparenz im Rohstoffsektor weiter umgesetzt werden.

2011 hatte die G8 beim Gipfel in Deauville eine Partnerschaft mit den Reformstaaten in der arabischen Welt begründet. Die Region steht nach Auffassung der G7 weiterhin vor ernsthaften Herausforderungen. Die Bundesregierung hat sich daher entschlossen, einen Beitrag in Höhe von 7,5 Mio. Euro zum „MENA Transition Fund“ zur Förderung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Projekte in der Region zu leisten. Die Staats- und Regierungschefs beriefen weiterhin Treffen der Deauville-Außen- und Finanzminister in diesem Jahr ein, um die Deauville-Partnerschaft voranzubringen.

Im Kampf gegen Infektionskrankheiten wird sich die G7 u.a. für die weltweite Einhaltung der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO einsetzen und die Entwicklung eines Globalen Aktionsplanes zu Antimikrobiellen Resistenzen bei der WHO unterstützen.